

Erzählung
an allen Bezugsstellen
Bezugspreis
in der Reichsdruckerei 250.—
in den Ausnahmestellen 260.—
durch Fernschreiben 300.—
am Postamt 275.—
im Ausland 300.—
Gemeinsamer 4245. 2275.
3110 3249

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Anzeigenpreis
1. d. Grundstücke in
Anzeigenpreis
Polen 40.—
Rückseite 130.—
Für Anzeigen aus
Deutschland 3.50 M
im Ausland 10.—
in deutscher Warte.

Telegramm-Adresse:
Tageblatt Posna.

Checkkonto für Polen: P. K. O. Nr. 200 233 in Poznań

Postfachkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Berlin.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Auslieferung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Der wirtschaftliche Wiederaufbau.

Der wirtschaftliche Wiederaufbau Europas, dem die bevorstehende Konferenz in Genua gewidmet sein soll, hat zwei Dinge zur Voraussetzung: die unbeschränkte Teilnahme Deutschlands und Rußlands am wirtschaftlichen Leben Europas.

Was Deutschland betrifft, so ist seine Beteiligung am allgemeinen Wirtschaftsleben Europas in erster Linie davon abhängig, ob es als Schuldner von der Entente weiter in der bisherigen Weise behandelt werden wird — zu seinen und seiner Gläubiger und zu ganz Europas Schaden — oder ob hier ein Wandel eintritt.

Nathenau hat in Cannes mit Recht nachdrücklich darauf hingewiesen, daß das heutige Deutschland in seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit dem Deutschland vor dem Kriege nicht gleichgestellt werden könne und daß die Reparationsbedingungen tatsächlich völlig unerfüllbar seien. Er erklärte, daß die deutsche Regierung bereit sei, ihre ganze Kraft dafür einzusetzen, daß die Reichsfinanzen im Innern saniert würden und Deutschland so in die Lage versetzt werde, seinen auswärtigen Verpflichtungen nachkommen zu können. Er betonte aber zugleich mit Recht, daß jeder derartige Versuch ausichtslos sein müßte, wenn die Entente ihrerseits Deutschland noch länger so wenig entgegenkommen bewiese wie bisher. Am Schluß seiner Ausführungen wies Nathenau erneut darauf hin, daß Deutschland nach Maßgabe seiner Kräfte bereit sei, am Wiederaufbau Europas, speziell Rußlands, mitzuarbeiten, und deutete zugleich an, daß die Entente es letzten Endes Deutschland zu verdanken habe, daß der Bolschewismus seinen Siegeszug nach Europa nicht fortsetzen konnte.

Nach den Stimmen der ausländischen Presse zu urteilen, sind diese Ausführungen, die sich durchweg auf sachlich einwandfreie Material stützen, nicht ohne Eindruck auf die führenden Ententemänner und Sachverständigen geblieben. Zum mindesten ist es als Erfolg zu begrüßen, daß die Entente ihre Bedingungen nicht diktiert, sondern der deutschen Regierung Gelegenheit gegeben hat, selbst entsprechende Vorschläge zur Umgestaltung der Reparationsbedingungen zu machen. Für Deutschland wird jetzt alles darauf ankommen, seine Gegenüberläge durch sachlich unanfechtbare Argumente so zu fügen, daß auch die Reparationskommission über sie nicht hinweggehen kann. Ferner aber wird es darauf ankommen, durch eine baldige Regelung der immer noch ungelösten Steuerfrage im Reich dazu beizutragen, daß die Entente die Ueberzeugung gewinnen muß, Deutschland sei zur Sanierung seiner inneren Wirtschaft und Finanzlage entschlossen, wenn ihm von der Entente nur die Möglichkeit dazu gegeben wird.

Die Frage der Teilnahme von Vertretern Sowjetrußlands an der Konferenz in Genua macht einem Teil der französischen Presse starke Kopfschmerzen. „Temps“ erklärt: Die Hinzuziehung von Vertretern der Sowjetregierung zu der Wirtschaftskonferenz bedeute die offizielle Anerkennung der Sowjetregierung. Nimmt die Sowjetregierung — und das soll sie schon getan haben — die Bedingungen der Resolution von Cannes an, dann würde Rußland gleich jeder anderen Regierung an die Bestimmungen der Resolution gebunden sein. Es würde dann der Antritt einer Garantie für den Erfolg der Beratungen bestehen. Wenn aber die Sowjetregierung entgegen der Meldung aus London die Erklärung abgibt, daß sie grundsätzlich nicht mit den Vertretern der bürgerlichen Regierungen beraten könne, sondern nur Vertreter nach Genua senden wolle, damit die Stimme Rußlands gehört werde, dann könne Rußland nicht verlangen, auf gleichem Fuß mit den anderen Mächten behandelt zu werden. Wenn die Resolution von Cannes nicht vollständig angenommen und respektiert werde, laufe die Konferenz Gefahr, kein Ergebnis zu haben oder Täuschungen vorzubereiten.

Andere Blätter teilen in dem gleichen Zusammenhang mit, daß die Einladung an Rußland in anderer Form abgefaßt sein soll, als die Einladungen an die anderen Regierungen. Für das „Journal des Debats“ ist aber die Frage der Konferenz selbst noch lange nicht entschieden. In diesem Blatt behauptet Auguste Gauvain, daß die öffentliche Meinung und das Parlament Frankreichs den Beschluß vom 6. Januar keineswegs als endgültig betrachten. Die Konferenz dürfe nur dann stattfinden, wenn ihr Programm nach Form und Inhalt vollkommen abgeändert werde.

Das Verhältnis der Entente zu Deutschland und Rußland und damit die stärkere oder geringere Beteiligung dieser beiden Staaten an dem Wirtschaftswiederaufbau Europas hängt letzten Endes davon ab, ob innerhalb der Entente die wirtschaftliche Verbundenheit Englands die Oberhand gewinnt oder die ganz anders geartete Stimmung der führenden Kreise Frankreichs. Daher ist die Frage des englisch-französischen Bündnisses von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Wie man in Frankreich dieser Frage gegenübersteht, zeigt folgendes Pariser Meldung: Leygues erklärte einem Journalisten, er sehe das englisch-französische Bündnis als den logischen Abschluß des Krieges und die notwendige Voraussetzung des Sieges an. Er glaube, es sei unumgänglich für die Aufrichtung eines Dauerfriedens und den Wiederaufbau Europas. Jedenfalls meint er, der Garantievertrag verlange noch einige wichtige Änderungen.

Er müsse für alle Eventualitäten Vorsorge treffen, alle Verpflichtungen festlegen und eine Militär- und Marinekonvention gestalten.

Die britische öffentliche Meinung spricht sich rückhaltlos zugunsten des Bündnisses aus. Die englische Presse betont, daß dieses Bündnis die Grundlage aller für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas etwa zu treffenden Maßnahmen bilden sollte. Man könne natürlich keine sofortige Entwicklung dahin erwarten, da der neue französische Premier notwendigerweise einige Tage mit einer neuen Angelegenheit beschäftigt sein wird. Der nächste Schritt wäre von der französischen Regierung zu tun und wenn, wie man erwartet, England einen neuen Vorschlag von Frankreich erhält, so werde er der „geneigten Erwägung“ nicht nur des Kabinetts und Parlaments, sondern auch der Öffentlichkeit ganz allgemein sicher sein.

Die Einladung Deutschlands zur Konferenz in Genua

Berlin, 20. Januar. Die am Montagabend von dem italienischen Botschafter in Berlin dem Reichskanzler übergebene Einladung zur Teilnahme an der Konferenz in Genua hat folgenden Wortlaut: „Herr Reichskanzler! Gemäß einer Entschließung des Obersten Rates der alliierten Mächte beehre ich mich, Ihnen die Abschrift einer Entschließung zu übermitteln, die am 6. Januar 1922 durch die alliierten Regierungen auf der Konferenz von Cannes angenommen wurde. Im Einklang mit dieser Entschließung und auf Weisung meiner Regierung beehre ich mich, die deutsche Regierung zur Teilnahme an der Wirtschafts- und Finanzkonferenz einzuladen, die in Genua am 8. März 1922 eröffnet werden wird. Ich bitte Sie, mir die Namen Ihrer Delegierten und deren Begleiter mitzuteilen. Genehmigen Sie, Herr Reichskanzler usw.“ Dem Einladungsschreiben ist der Text der Entschließung beigefügt, die durch die Konferenz von Cannes am 6. Januar angenommen wurde. Unter den in der Entschließung zur Teilnahme ausdrücklich aufgeführten Mächten werden außer Deutschland, Österreich, Ungarn, Bulgarien und Rußland genannt.

Deutschlands und Rußlands Rolle in Genua.

Paris, 18. Januar. Das „Kablogramm“ glaubt versichern zu können, daß man am Quai d'Orsay versucht, gewisse Garantien über die Rolle der beiden „verdächtigen Delegationen“, nämlich der deutschen und der russischen, für die Konferenz von Genua zu erlangen, und zwar von Rußland: 1. Anerkennung der Bestimmungen des Vertrages von Versailles; 2. die Übernahme einer Generalhaftung auf die natürlichen Reichtümer Rußlands für die französischen Forderungen. Für Deutschland würde genügen, daß die drei in Genua vertretenen Hauptmächte erklären, daß sie die Wiederaufstellung der Wiedergutmachungsfrage von Seiten Deutschlands nicht zulassen würden. Diese Meldung steht im Widerspruch mit den Informationen der „Daily Mail“, die besagen, daß England etwa ein Drittel der französischen Schuld von 570 Millionen Pfund Sterling unter der Bedingung freizugeben werde, daß Frankreich Deutschland eine gleiche Wiederherstellungssumme erläßt. (Darauf würde es sich also um einen Nachschuß von etwa 8.8 Milliarden Goldmark handeln.) Die künftigen deutschen Reparationszahlungen sollen nur durch Naturalleistungen erfolgen.

Rußlands Programm.

Kopenhagen, 19. Januar. Nach der „Berlinske Tidende“ beschäftigt die Sowjetregierung auf der Konferenz in Genua folgende Fragen anzuschneiden: 1. Die russischen Staatsschulden. 2. Entschädigungen für die durch die Intervention fremder Staaten in Rußland verursachten Schäden. 3. Rückgabe der Schiffe, welche durch die Agenten der Alliierten in den Ostseehäfen festgenommen worden sind. 4. Regelung der Frage Ostpreußens. 5. Wirtschaftlicher Aufbau Rußlands. 6. Regelung der Wirtschaftsbeziehungen Rußlands zum Ausland. 7. Regelung von Konsulatsfragen und Lösung von Baluta- und Nationalitätsproblemen.

Zur Sowjetdelegation werden Tschitscherin und Lunacharski gehören. Letzter wird nur im Falle nach Genua fahren, weil er befürchtet, daß die äußere Linke unter der Leitung von Ducharin und Janatjew seine Abwesenheit zu Ausnutzung zwecken könnte. Russische Regierungskreise geben sich seinem allzu großen Optimismus in Bezug auf die Ergebnisse der Konferenz betreffs der Sowjetrepublik hin; denn sie sind der Meinung, daß die Entente nur einen Kunstgriff anwenden, um eine wirtschaftliche Intervention in Rußland zu beginnen.

Poincarés Bedingungen für England unannehmbar.

Das Urteil der englischen Presse.

„Westminster Gazette“ sagt es sei klar, daß Poincaré und Lloyd George sich in völliger Übereinstimmung darüber befinden, daß augenblicklich keine Entente und auch keine Grundlage für eine Entente bestehe. Poincarés Bedingungen seien für England unannehmbar, wie die Lloyd Georges für Frankreich. Jede britische Regierung, die sich bereit zeigen würde, Poincaré zuzustimmen, würde ebenso sicher rasch gestürzt werden wie Briand.

„Daily Express“ schreibt: Mit der Übernahme der Regierung durch Poincaré habe der französische Chauvinismus den Sturm Brandes vervollständigt. England ist nicht bereit, für eine Poincaré-Regierung mehr oder selbst nur so viel zu tun wie für ein Ministerium Briand. Poincaré sei der Vorläufer eines militärischen aggressiven Frankreich das auf dem Vorschub des Versailles Vertrages bestehe und entschlossen sei, die ganze Entschädigung zu erhalten, in jedem Augenblick in das Ruhrgebiet einzumarschieren. Wenn Frankreich wolle, so könne es seinen Reparationen nachgehen und in das Ruhrgebiet einmarschieren mit dem Panzer und hinter sich den Ruin vor sich. Es würde aber dabei allein marschieren müssen.

„Times“ äußert sich in einem längeren Artikel über die Haltung der Franzosen auf den Konferenzen von Washington und Cannes. In Washington habe die amerikanische Regierung ihren ganzen Einfluß angewandt, um die amerikanische Presse zurückzuhalten, sonst hätte eine unvorstellbare Explosion des amerikanischen Jornes gegen die Haltung der Franzosen stattgefunden, daß selbst dem Blinden die Augen geöffnet worden wären. In Cannes habe man nur die Fortsetzung dieser Politik erlebt.

Angriffe auf die Regierung.

Warschau, 20. Januar. In der gestrigen geheimen Sitzung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten hat Minister Skirmunt eine Rede über die internationale Lage in Verbindung mit den Beratungen in Cannes und der Einladung der polnischen Regierung zur Teilnahme an der Konferenz in Genua gehalten. Die Aussprache über die Rede des Ministers wurde noch nicht zu Ende geführt. Sie soll heute fortgesetzt werden. In den Sejmkorridoren liefen nach dieser Sitzung Gerüchte über Versuche um, die gegenwärtige Regierung durch Beiseitigung des Herrn Skirmunt ins Wanken zu bringen. Die Volksparteiler Rataj, Witos und Brühl griffen den Minister wegen der allgemeinen Richtung der auswärtigen Politik an. Die Nationaldemokratie unternahm ihrerseits einen Angriff und kritisierte den Standpunkt des Ministers in der Wilnaer Angelegenheit. Die Absichten in der Piastengruppe, die Regierung zu stürzen, um auf diese Weise ihre Sejmmandate zu verlängern, sind bekannt. Die Nationaldemokratie erklärt sich für eine schnelle Auflösung des Sejms, die nur durch die gegenwärtige, unparteiische und an einem künstlichen Festhalten an der Macht nicht interessierte Regierung durchgeführt werden kann. Die Piastengruppe hat ihren Angriff auf die Regierung schon seit langem angesagt. Ihre Zeitungen gehen scharf gegen Skirmunt und Michalski vor. Die nationaldemokratische Presse schloß sich in der letzten Zeit der Taktik der Piastengruppe gegen Herrn Skirmunt an, hob jedoch andere Motive hervor. Der Hauptangriffspunkt für die Piastengruppe ist der Vertrag mit Litauen, während die nationaldemokratische Presse sich der Wilnaer Angelegenheit bedient, in der sie sich gegen die Autonomie und für die Inkorporation Mittellatens ohne jede automische Bestimmung ausspricht.

Vom Ministerrat.

Warschau, 20. Januar. Der Ministerrat nahm in seiner Sitzung am 18. d. Mts. den Bericht des Generalstaatssekretärs über die bedeutendsten Punkte der auswärtigen Politik Polens, vom Standpunkt des militärischen Bedarfs aus gesehen, entgegen. In dem Bericht wurde die Friedenspolitik Polens und die Notwendigkeit wirtschaftlicher Beeinträchtigung aller Regierungen in Gebieten der auswärtigen Politik betont. Der Ministerrat nahm die in dem Bericht genannten Anträge, die gemeinsam vom Außenminister und vom Kriegsminister niedergelegt wurden, an und legte den größten Nachdruck auf die Festigung des Bündnisses mit Frankreich. Weiter nahm der Ministerrat die Erklärung des Finanzministers bezüglich der Vorbereitung des Entwurfs über die Klassifizierung der Offiziere in Beziehung auf die Teuerungszulagen für Beamte zur Kenntnis und den Entwurf, allen Staatsbeamten ärztliche Hilfe zu gewähren, an. Die Prüfung der Lage der Beamten wurde für die nächste Woche vertagt. Darauf beschloß der Ministerrat den Eisenbahnminister, den Eisenbahngesellschaften in dem Polen zugesagten Teil Überschüssen, bekanntzugeben, daß die polnische Regierung nicht die Absicht habe, auf ihr bewegliches und unbewegliches Eigentum, welches im Versailles Vertrag garantiert ist, das Liquidierungsgebot anzuwenden. Endlich beschloß der Ministerrat nach der Aussprache über die Lage, welche nach Durchführung der Wahlen im Wilnaer Gebiet geschaffen wurde, das weitere Vorgehen der polnischen Regierung von den grundlegenden Beschlüssen des Wilnaer Sejms abhängig zu machen.

Warschau, 20. Januar. Der gestrige Monitor Polski veröffentlicht eine Verordnung des Ministerrats über die Bildung eines neuen Komitees beim Gesundheitsministerium zur Bekämpfung des Tuberkulose.

Polens Außenpolitik.

Warschau, 20. Januar. In der Mittwoch-Sitzung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten besprach der Minister Skirmunt nach Beschluß der Ratifikation des Transitvertrages mit Deutschland im Sinne des Referates Kamieniecki die allgemeine politische Lage.

Polen ist nach Genua eingeladen worden. Die polnische Regierung hat alle möglichen Bemühungen gemacht, um bei dem Wiederaufbau Rußlands nicht vergessen zu werden. Zu diesem Zweck werden in Warschau Wirtschaftsberatungen mit Rußland nach der Ankunft Karakans und Stefanski aus Moskau stattfinden. Betreffs des Wiederaufbaus Europas hat sich Polen an Frankreich und die Tschechoslowakei wegen Mitarbeit gewandt. In der Aktion des Wiederaufbaus Rußlands wird Polen angesichts seiner geographischen Lage und der Kenntnis der russischen Verhältnisse eine hervorragende Rolle spielen. Polen muß unbedingt beim Wiederaufbau Rußlands besondere Privilegien erhalten, und zwar deshalb, weil es das Verbindungsland für diejenigen Staaten ist, für welche Rußland das Absatzgebiet seiner Waren ist. Deshalb nimmt der Minister Skirmunt an, daß Polen eine vorherrschende Rolle in dieser Frage einnehmen wird.

Der Abg. Rataj sprach seine Verwunderung und sein Bedauern über den Inhalt des Referates des Ministers Skirmunt aus. Er hätte ein Gesamtbild der Politik Polens erwartet.

Abg. Brühl forderte bezüglich des Wiederaufbaus Europas ein bestimmtes Programm der polnischen Politik. Der Minister Skirmunt erklärte, daß die von Polen geführte Friedenspolitik im Ausland einen günstigen Eindruck gemacht hat. Die Wilnaer Angelegenheit befindet sich auf gutem Wege. Betreffs Ogalizien schreiben die Arbeiten weiter fort. Die Verträge mit Frankreich sind bisher nicht unterschrieben. Das wird aber in nächster Zeit geschehen. Letztlich bereitet Polen Rummer. Mit Estland wird in Kürze ein Handelsvertrag ausgearbeitet und unterschrieben werden; Finnland hat Polen seine Vermittlung in der karelischen Frage angeboten, aber die Bolschewisten haben den Vorschlag der polnischen Republik abgelehnt. Den Deutschen liegt es besonders an der Transitfrage.

Abg. Grabski fordert dringend die Berufung einer Spezialkommission zur Ausarbeitung eines Programms für die Konferenz in Genua.

Abg. Gerniewski fordert eine enge und häufige Fühlungnahme der Regierung mit der Auslandskommission. Abg. Marjan Seyda bemerkt, daß das gegenwärtige Exposé des Ministers Skirmunt eine Wiederholung des schon vorher von ihm Ausgesprochenen sei. Das Programm des Ministers hält der

Abg. Sedha für zu unvollkommen, nur die notwendigen Aufgaben der Politik umfassen, weil die Verhältnisse in Polen ein Programm auf weiterer Grundlage erfordern, welches allgemeiner europäische Aufgaben umfassen müsse. Die Politik des Ministers stimmt im engeren Sinne ist verständlich. Wenn wir selbst beginnen, an unsere Friedensbestrebungen zu glauben, dann wird auch das Ausland an sie zu glauben beginnen. Das befreit uns jedoch nicht von der Notwendigkeit, ein umfangreicheres Programm der polnischen Politik auszuarbeiten. Aus den Erfahrungen während der Kriegszeit in Paris mühte Minister Skirmunt die Überzeugung schöpfen, daß Polen nur dann eine Großmachtsstellung erlangen kann, wenn es seine Politik mit den Gesamtaufgaben Europas verknüpft, und auch durch die Regelung der Transitfrage. Der Redner macht der Regierung keine Vorwürfe, daß in dem bisherigen Programm nicht die Grundzüge der polnischen Politik in bezug auf die allgemeinen europäischen Verhältnisse ausgearbeitet worden sind, fordert jedoch, daß ein solches Programm ausgearbeitet und der Kommission vorgelegt werden soll.

Der Minister Skirmunt erklärt, daß der polnisch-österreichische Vertrag nach einigen Verbesserungen im Verlauf von zwei Wochen dem Sejm zur Ratifizierung vorgelegt wird.

Abg. Kojalowski, der Chef für die Ostpolitik, verliest eine Skizze betreffs der Politik gegenüber Rußland.

Gegen Ende der Sitzung entspinnt sich eine lebhafte Debatte über das Thema, wie die Wilnaer Frage zu behandeln sei.

Abg. Nacaj, durch den Minister Skirmunt unterstützt, fordert, daß diese Angelegenheit nicht eher zur Diskussion gelangen soll, bis der Wilnaer Sejm seine Meinung äußert.

Die Abgeordneten Gieslowski und Marian Sedha stehen auf dem Standpunkt, daß Wilna davon in Kenntnis gesetzt werden müsse, wie die Dinge stehen, und welche von den vorgeschlagenen Projekten durchführbar sind. Die Befürchtungen des Auslandsministers bestätigen sich nicht und sind der beste Beweis dafür, daß man die Komplikationen, welche daraus erwachsen könnten, durch die Vorfälle vorläufig die Wilnaer Frage aufgegeben hat, ins Tiefenhafte gesteigert. Falls das Ministerium fortfahren sollte, eine Diskussion über die Möglichkeit der Lösung der Wilnaer Frage nicht zuzulassen, so könnte man zu der Überzeugung gelangen, daß man diese Angelegenheit durch gewisse Faktoren hinter den Kulissen erledigen wolle, was jedoch das durch die Redner repräsentierte Lager nicht zulassen wird.

Die heutige Vormittagsitzung der Kommission wird sich der Wilnaer Frage widmen.

Nach den Wilnaer Wahlen.

Der „Głos Poranny“ vom 19. Januar schreibt aus Wilna: Von Personen, welche aus Nowo hier eingetroffen sind, erfahren wir, daß die dortigen Regierungskreise über den Sieg Polens bei den Wilnaer Wahlen untröstlich sind und danach trachten, die öffentliche Meinung von dem Wilnaer Abstimmungsgebiet abzulenken. Die Presse hat den Auftrag erhalten, von den Wahlen und dem Wilnaer Sejm so wenig wie möglich zu schreiben. In den Wandelgängen des Sejm wird unentwegt von Nachrichten, die aus Wilna eingelaufen sind, gesprochen, welche die Parteilichkeit des Wahlapparates und angebliche Übergriffe der Bezirks- und Kreisverwaltungen bestätigen sollen. Die konvokierte Regierung hat bedeutende Summen geopfert, um in den Besitz dieser „sachlichen Beweise“ zu gelangen.

Es werden über die Grenze große litauische „Papiertransporte“ geschmuggelt. Die litauische Druckerei „Szwitarka“ in Wilna hat eine neue Auflage von Druckschriften für die Regierungsstellen in Nowo sowie eine neue Herausgabe von litauischen Zeitungsschriften beendet. Diese Drucke werden wagonweise nach Nowo geschickt. Bücher und Zeitungen werden in Wilna auf Kosten der litauischen Regierung gedruckt und das aus dem Grunde, weil der Stempel der Wilnaer Druckerei auf den litauischen Zeitungen auf die Mitglieder des Völkerbunds auswirken einen guten Eindruck macht. Die Behörden des sogenannten „Mittellitauens“ sind von den obigen Tatsachen schon in Kenntnis gesetzt worden.

Die vorläufige Verwaltungskommission hat in diesen Tagen sehr viele Vorkommnisse von Landbesitzern erhalten, welche jenseits der Demarkationslinie im Nowoer Gebiet wohnen, mit herzlichen Witten, sie bei Polen anzuklopfen. Diese Forderungen und Bitten, deren Namen wir aus wohlverstandenen Rücksichten nicht angeben können, haben umfangreiche Erklärungen geschickt, welche mit Hunderten von Unterschriften versehen sind, in denen sie bitten alle möglichen Bemühungen zu machen, sie aus der litauischen Herrschaft zu befreien.

Aus den Sejmatschüssen.

Warschau, 19. Januar. Der Sejm-Ausschuß hat beschlossen, den Abg. 4 des Art. 64 des Emeritengesetzes auf die Weise durchzuführen, daß die Staatsbeamten des früheren Landesauschusses in Gemborg ihre Ruhegehälter in gleicher Höhe wie die Beamten in den anderen Teilgebieten erhalten sollen, d. h. nach 35- und nicht nach 40jähriger Dienstzeit, wie es im bisherigen Gesetz vorgesehen war. Die Angelegenheit der Kontrolle der Abrechnungskammer in Poson wurde vertagt.

Der Ausschuß für öffentliche Wohlfahrt beschloß das Gesetz über die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Es wurde eine Unterkommission gewählt, welche sich aus folgenden Abgeordneten zusammensetzt: Kottermund, Kunicki, Ciesla, Dr. Weigner, Professor Zuranski und Bernic. Die Unterkommission soll das Gesetz durchberechnen und auf der Kommissionsitzung die bezüglichen Anträge stellen.

Der Finanzausschuß erledigte in dritter Lesung die Verordnung über Aufhebung des Gesetzes vom Mai 1911 bezüglich der probis-

rischen Bemessung der Einkommensteuer, zu sammen mit den Anträgen der Regierung. Die Kommission hat z. B. bestimmt, daß das Gesetz vom Mai 1911 unverzüglich in seinen Wirkungen aufgehoben wird. Falls die auf Grund der provisorischen Verordnungen erfolgten Zahlungen die Hälfte der Staatsabgabe überschreiten, die der Abgabepflichtige leisten soll, so wird ihm der Mehrtrag zurückerstattet, falls er das fordert. Der Abg. Bownstein referierte über einen Antrag des Abg. Boniatowski wegen der Revision von Einkünften bei der Erbschaftsteuer und versprach, daß er in 6 Wochen einen Entwurf vorlegen wird, kraft dessen diese Einkünfte der Valuta angepaßt werden. Der Abg. Bownski sprach sich gegen die festgesetzte Beschränkung aus, welche darauf beruht, daß die Zuschläge zur Grundsteuer für Zwecke der Kreislandtage nicht 60 v. H. dieser Steuer gemäß der Skala vom Jahre 1920 überschreiten dürfen und fordert, daß man die Kreislandtage ermächtigen solle, Zuschläge zur Grundsteuer in Höhe von 150 v. H. zu erheben, und darüber hinaus die Durchführung des Gesetzes über einen 900 v. H. haarlichen Zuschlag zur Grundsteuer beschließen. Der Abg. Kolitzer stellte den Antrag, der Regierung eine Frist von 30 Tagen zu gewähren, einen Entwurf über das Verhältnis zwischen dem Staatszuschuß und der Selbstverwaltung auszuarbeiten. Der stellvertretende Finanzminister Markowski erklärte sich für die Verlängerung der Frist. Der Abg. Kowalski zeigte, daß das gegenwärtige Besteuerungssystem für Selbstverwaltungszwecke im früheren Kongressland für die Landbesitzer ungünstig ist als das durch den Abg. Bownski vorgeschlagene. Der Redner beantragte eine Vertagung in dieser Angelegenheit, bis sich die Parteien damit näher befaßt haben. Der Antrag erlangte bei der Abstimmung die Mehrheit des Ausschusses.

Finanzminister und -Ausschuß.

Warschau, 19. Januar. Der Konflikt, welcher in der letzten Sitzung des Finanz- und Haushaltsausschusses zwischen dem Finanzminister und dem Ausschuß ausgebrochen war, wurde gestern beigelegt. In der Angelegenheit der Berechnung der schon eingezogenen Einkommensteuer auf das Konto der Abgabe, wurde eine Entschärfung getroffen, die mit den Absichten des Finanzministers im Einklang steht.

Die Rückwandererfrage.

Warschau, 18. Januar. Die Kanzlei des außerordentlichen Kommissars für Rückwandererangelegenheiten sendet uns folgende Mitteilung zu: Festgestellt wurde, daß die Rückwanderer in vollkommen erschöpftem Zustande und mit ansteckenden Krankheiten behaftet, in Polen eintreffen, nicht deshalb, weil in Rußland der Hunger herrscht, vor dem sie nach Polen entfliehen, sondern deshalb, weil die Reise aus Rußland Wochen, ja manchmal Monate dauert. Während dieser Zeit erleidet die Sowjetregierung fast gar keine Lebensmittelhilfe, und die Reise findet in so verlaufenen Wagen statt, daß sogar die gesunden Rückwanderer der Ansteking erliegen und oftmals vor ihrer Ankunft nach Polen sterben. Infolge einer so großen Gefahr für Gesundheit und Leben, mit der die Rückwanderer aus Rußland und die Ankunft an den Grenzen Polens verknüpft ist, wo die erste Hilfe geleistet werden kann, wandte sich der außerordentliche Kommissar für Rückwandererangelegenheiten an den Außenminister, daß er mit Hilfe aller seiner Gesandtschaften in Rußland die Rückwanderer benachrichtige, welche Gefahr ihnen bei der Rückkehr ins Vaterland droht und so lange drohen wird, bis die russische Regierung ihre Nachlässigkeit beseitigt. Zugleich hat der außerordentliche Kommissar den Auftrag gegeben, genaue Angaben über diese Nachlässigkeit seitens Rußlands zu sammeln, damit die polnische Regierung erfolgreicher als bisher Einfluß auf die Sowjetregierung ausüben könne, um die genannten Mängel wenigstens teilweise zu beseitigen.

Der neue rumänische Ministerpräsident Take Jonescu.

Bukarest, 19. Januar. (Telefon.) Das Kabinett Take Jonescu stellte sich gestern mit einer Programmrede des neuen Ministerpräsidenten dem rumänischen Parlament vor. Wahlreform und Finanzgesetz sind die beiden Programmpunkte, für die Jonescu eine Mehrheit sucht. Wenn die Kammer Jonescu das Vertrauen verweigert, wird jedenfalls Văciariu mit der Bildung eines neuen Kabinetts unter Aufsicht des Parlamentes betraut werden.

Rücktritt Take Jonescus.

Bukarest, 19. Januar. Eine Meldung besagt, daß Take Jonescu bereits seinen Rücktritt eingereicht habe und das Parlament aufgelöst werden solle.

Angeichts der Demission Take Jonescus hat der König den Führer der liberalen Partei Văciariu die Neubildung des Kabinetts übertragen. In dieses Kabinett werden eintreten: Jan Văciariu als Präsident, Douca als Außenminister, Wintil Văciariu als Finanzminister. Was die übrigen Portefeuilles anbetrifft, so sind Verhandlungen im Gange.

Bukarest, 19. Januar. Am Mittwoch wurde dem Kabinett Take Jonescu mit 190 gegen 81 Stimmen das Misstrauensvotum ausgesprochen. Take Jonescu beschloß darauf, sein Amt niederzulegen.

Bukarest, 19. Januar. Die Ursachen der Ministerkrise waren finanzieller Natur. Die Nationalpartei legte einen Antrag für das Misstrauensvotum vor, der mit 190 gegen 81 Stimmen angenommen wurde. Take Jonescu erklärte, daß er dem König den Rücktritt des gesamten Kabinetts vorlegen werde. Da Take Jonescu schon vor einem Monat seinen Rücktritt ausprobiert, so ihm aber gelang, ein neues Kabinett zu bilden, wird eine Auflösung des Parlamentes erwartet.

Russisch-finnischer Notenwechsel.

Selsingfors, 19. Januar. Der Bevollmächtigte Finnlands in Moskau handigte der Sowjetregierung zwei Noten aus. In der ersten Note protestiert die finnische Regierung gegen die Umkehrung in der Tätigkeit des Rückwandereratschusses.

Daraufhin überlieferte die Sowjetregierung Finnland eine neue Note mit der Forderung, die Russen zu entwaffnen, die nach Finnland geschickt sind, weiter die Agitatoren des zaristischen Rußland auszuweisen und endlich die durch den Aufstand in Karelien entstandenen Verluste zu ersetzen.

Der Aufstand in Karelien.

Selsingfors, 19. Januar. Finnische Zeitungen berichten, daß die Kriegslage der Russen in Karelien sich bedauernd gebessert habe. Starke Schneefälle machen das Vorgehen der Sowjettruppen, die nicht mit Schneeschuhen versehen sind, unmöglich.

Die Orientkonferenz in Paris.

Der englische Außenminister Lord Curzon hat in Paris mit Poincaré die Orientkonferenz eröffnet, die programmäßig nach Abschluß der Konferenz von Cannes stattfinden sollte, allerdings auch unter Mitwirkung Italiens. Das italienische Außenministerium scheint sich aber bei den Pariser Besprechungen nicht vertreten zu lassen. Als Verhandlungsgegenstand waren in erster Linie die türkische Frage, und vor allem das franko-türkische Abkommen von Angora vorgesehen. Der Umstand aber, daß die Italiener, die dort in der Vergangenheit ein sehr gewichtiges Wort mitzureden haben, heute durch Abwesenheit glänzen, läßt darauf schließen, daß die geplante Pariser Orientkonferenz ebenso wie die Konferenz von Cannes ins Wasser fällt. Wenn in der Folgezeit die Orientfrage zur Verhandlung kommen sollte, werden nicht nur die Italiener hinzugezogen werden müssen, sondern auch die Spanier, weil, wie wiederholt angekündigt, die Frage von Tanger in die Diskussion gezogen wird. Um eine große Diplomatenkonferenz wird Poincaré also nicht herumkommen können, wenn er die Orientfrage früher oder später ernstlich erassen will.

Sowjetrußland.

Rußland und die 2. Posener Messe.

Warschau, 19. Januar. Die Handelsabteilung bei der Sowjetgesellschaft in Warschau ist mit den Vorbereitungsarbeiten zur Teilnahme an der 2. Posener Messe beschäftigt.

Rußlands Goldreserven.

London, 19. Januar. Nach einem Telegramm aus Schweden an die „Times“ beträgt die von der Sowjetregierung in Stockholm deponierte Goldmenge augenblicklich 9 Millionen Pfund Sterling. Man glaubt, daß die Fonds wahrscheinlich gegen Ende April erschöpft sein werden. Als die Volkswirtschaft unmittelbar nach Ausbruch der Revolution in Moskau die Schatzkammern des Kreml mit Beschlag belegten, fanden sie dort, wie man sagt, 150 Millionen Pfund Sterling in Gold. Weiter bemächtigten sie sich des größten Teiles der 63 Millionen Pfund Gold, welches Koltschak mit seiner Armee mitführte, als er gegen die Volkswirtschaft operierte. Dazu kommt noch das rumänische Gold, welches nach Moskau gebracht worden war, als Rumänien sich den Alliierten anschloß.

Der Hunger an der Wolga.

Moskau, 19. Januar. Dr. Kansen hat in einer Unterredung mit den Pressevertretern in Moskau erklärt, daß der Hunger in der Wolga gebieten den Charakter einer unerbittlichen Lebensmittelkrise trage. Der Mitarbeiter Dr. Kansen Dr. Ferrel, der Jünger der Hungerkatastrophe in Indien war, sagte, daß er dort nirgends solche schrecklichen Bilder des Hungers wie in Rußland gesehen habe. Um der hungernden Bevölkerung zu helfen, ist nach den Berechnungen Dr. Kansen eine tägliche Lieferung von 500 Eisenbahnwagen mit Lebensmitteln erforderlich; hierbei sind die ärztlichen Hilfsmittel nicht mit einkalkuliert.

Karachans Abreise veripädet.

Warschau, 20. Januar. Karachan hat seine Abreise aus Moskau wegen seiner Teilnahme an den Arbeiten der Auslandskommission sowie bei den Vorbereitungen zu den Wirtschaftsverhandlungen veripädet.

Irlands Selbstverwaltung.

London, 19. Januar. Die feierliche Überweisung der Verwaltung an die vorläufige irische Regierung, die der Präsident des irischen Kabinetts Collinsow vertritt, wurde im Rathaus zu Dublin durch den Vizekönig von Irland in Anwesenheit der Minister vollzogen.

Die neue irische Republik entfaltet eine rege Organisations-tätigkeit. Gegenwärtig bereitet man die Wahlen zum Parlament von Südirland und die Bildung der vorläufigen Regierung vor. In der letzten Sitzung des vorläufigen Parlamentes wurde der bisherigen Regierung, die vollkommen normal arbeitet, einmütig das Vertrauen ausgesprochen. Eine der ersten Aufgaben dieser Regierung war die Erledigung des vorgeschlagenen Streiks der irischen Eisenbahner. Man kann jedoch sagen, daß der Konflikt vorläufig beigelegt wurde. Die Regierung von Großbritannien hat ihrerseits alles getan, um energisch die vorläufige Lage zu beseitigen, indem sie die Besatzungs- und Operations-truppen nach England zurückzog und der irischen Regierung das

Das Geheimnis vom Brintnerhof.

Roman von Erich Eberlein.

(Uebersetzung 1918 durch Greiner & Comp., Berlin W. 30).

(88. Fortsetzung.)

(Nachdruck unterlagst.)

Dann fragte Toni bekommen: „Sind sie schon in Wien?“

„Ja. Gestern hat man sie hineingeschafft. Natürlich werden sie die Marei auch vorladen zur Verhandlung.“

„Nein, Du, darum brauchst Du Dich nicht zu sorgen. Daran hat der Doktor auch schon gedacht und gesagt, daß sie er nicht zu. Er schreibt ihr ein Zeugnis, daß sie nicht vernehmungsfähig ist. Schließlich weiß sie auch gar nichts. Sie schließt nach rückwärts hinaus und hat nicht das geringste Verdächtige vernommen, weder in der Wornacht, noch später. Und das hat sie ohnehin schon in den ersten Tagen zu Protokoll gegeben.“

Wenn auch. Der Adjunkt meint, die Geschworenen würden bestimmt die Vornahme eines Lokalaugenzeins verlangen. Dann kommen sie alle heraus... Richter, Geschworene und die — Angeklagten. Es wird ein harter Tag werden, Toni! Und nicht möglich, daß wir Marei was verheimlichen!“

„Wir müssen's aber! Laß mich nur machen. Es wird mir schon ein Ausweg einfallen.“

„Und wenn's schlimm ausgeht... wie der Adjunkt meint? Wenn sie nie wiederkommen? Wie willst ihr das verheimlichen?“

Er hatte mit klangloser Stimme gesprochen. Wie bisher hatte Toni ihn so mutlos gesehen. Der Unblick schnürte ihr das Herz zusammen, daß ihre Hände sich im Schoß wie unter körperlichen Schmerzen zusammenkrampften.

Wieder herrschte dumpfes Schweigen in der Stube.

Plötzlich richtete Toni sich lebhaft auf.

„Aber Du hast ja immer an ihre Unschuld geglaubt, Vasi, und hast den wahren Täter suchen wollen — hast Du denn nichts, gar nichts gefunden?“

„Nein. Der einzige Mensch, der mir vielleicht hätte einen Fingerzeig geben können, ist nicht aufzufinden.“

„Wer ist es?“

„Ein gewisser Egid Lufner.“ Er erzählte ihr, was ihm Doktor Heimdacher mitgeteilt hatte.

„Seit vielen Wochen suche ich ihn wie eine Stecknadel überall, aber alles ist umsonst. Heute habe ich mit dem Adjunkten darüber gesprochen. Aber der gibt nichts auf Lufners Angabe. Lufner sei wahrscheinlich betrunken gewesen.“

„Ich erinnere mich an das Gerede damals, ehe noch irgend ein Verdacht gegen Andres und Justina laut wurde. Man glaubte, es sei ein Fremder gewesen. Und Lufner ist wirklich nirgends zu finden?“

„Wenigstens ist es mir bisher noch nicht gelungen, obwohl mir ja schon oft dieser oder jener Ort angegeben wurde, wo er gesehen worden sein sollte. Kam ich dann hin, war es immer ein Irrtum. Erst heute wieder sagte mir jemand, Lufner halte sich im Breitlingertal bei Hinterberg auf, wo er als Holzhacker in Arbeit stehe. Aber ich habe keine Lust mehr, die lange Fahrt umsonst zu machen.“

„Doch mußt Du hin, Vasi! Wir dürfen gar nichts unberücksichtigt lassen, so wie die Dinge liegen!“

Und als sie die Unentschlossenheit in seinem Gesicht sah, fuhr sie energisch fort, während Rote ihr Antlitz überzog:

„Weißt Du was, Vasi? Nimm mich und die Kinder mit, dann wird Dir die Fahrt nicht so lange erscheinen! Kinder bringen immer Kurzweil. Morgen ist Sonntag, da sind wir nicht nötig daheim, und am Montag schaut Stina zum Rechten. Wo der Breitlingertal beginnt, liegt die berühmte Wallfahrtskapelle, die dem heiligen Antonius geweiht ist, und zu der die Leute von weit und breit kommen mit ihren Anliegen. Das weißt Du wohl gar nicht?“

„Nein...“

„Schau — da könnten wir doch auch einmal wieder so recht von Herzen beten für unsere armen Leute... meinst nicht?“

„Freilich, Toni! Das wäre ja schon schön, wenn wir zwei... der heilige Antonius hilft ja auch Verlorenes finden...“ Sie unterbrach ihn eilig:

„Und wenn wir auch den Lufner dann nicht fänden, so hätten wir doch eine Wallfahrt gemacht!“

Er streckte ihr die Hand über den Tisch hinüber, brückte die ihre und sah ihr in die Augen. „Ich danke Dir, Toni. Ich weiß, wie Du's meinst... und das ist wahr: Wenn ein schon ganz verzagt ist und keinen Ausweg mehr sieht, so kann ein gutes Wort aus einem warmen Frauenherzen einen wieder aufrichten. Ich spür's an mir in dieser Stunde!“

Sie stand hastig auf, verwirrt durch seinen Blick.

„Ich will's gleich der Stina sagen und alles zurecht machen. Denn, gest, wir fahren schon mit dem ersten Zug.“

„Freilich! Um fünf Uhr geht er. Gute Nacht, Toni!“ Er blickte ihr lange nach und horchte auf ihren leichten Schritt im Haus.

(Fortsetzung folgt.)

Dubliner Schloß als Sitz anwies. Die politischen Gefangenen wurden in Freiheit gesetzt, und zugleich garantierte die englische Regierung eine vollkommene Amnestie für alle Vergehen dieser Art. „Daily Chronicle“ bemerkt aus diesem Anlaß, daß es sowohl im Interesse Englands als auch Irlands liege, wenn zwischen beiden Staaten mit möglichster Beschleunigung eine endgültige Verständigung herbeigeführt und dauernde wirtschaftliche und politische Beziehungen angeknüpft werden.

Republik Polen.

† Poincaré und Bonifaz. Der Ministerpräsident Bonifaz hat von dem französischen Ministerpräsidenten Poincaré eine Depesche erhalten, welche Polen die herzlichsten Wünsche des neuen französischen Kabinetts ausdrückt. In seiner Antwort dankt Bonifaz für die Wünsche und spricht die Überzeugung aus, daß das neue französische Kabinett unter der Führung eines hervorragenden Staatsmannes, welcher es in der Tat verstanden hat, das mitzuarbeiten, Polen wieder aufzurichten, seiner Trachten wird, die Bande, welche beide Länder verbinden, immer enger zu knüpfen.

† Am den Abg. Diamant. Über die Gerüchte, die den Austritt des Abg. Diamant aus der polnischen Partei melden, muß bemerkt werden, daß die Quelle der Gerüchte ein Strich war, der zwischen dem Abg. Diamant und seinen Klubkollegen auf dem Grunde von Meinungsverschiedenheiten über die nationale Finanzpolitik ausbrach. Dieser Konflikt endete mit dem Verbleiben des Herrn Diamant im Klub, dagegen verzichtete er auf seinen Posten als Mitglied der Finanz- und Haushaltskommission. An seiner Stelle übernahm von Seiten der Sozialisten der Abg. Pajzel diesen Posten.

† Wladyslaw in Warschau. In der Nacht ist Wladyslaw aus Genf in Warschau eingetroffen. Der zweite Vertreter beim Völkerbund, Szembel, bleibt noch eine gewisse Zeit in Genf, um die polnisch-deutschen Verhandlungen zu erleichtern.

† Der polnische Gesandte in Wien. Am Donnerstag hat der polnische Gesandte in Wien, Graf Bogumint Lasocki, unter dem üblichen Zeremoniell dem Präsidenten der österreichischen Republik Hensy das Beglaubigungsschreiben überreicht. Von Seiten Bolens nahmen an der Feierlichkeit außer dem Grafen Lasocki teil: der Legationsrat Dr. Marjan Hensel, der Gesandtschaftssekretär Graf Komar, der Militärattaché Oberst Prochaska, der Presseattaché Dr. Parnes und Ehrenattaché Graf Konstanty Lepowski.

Deutsches Reich.

** Die preussische Denkschrift über die Groß-Hamburger Frage. Eine Denkschrift zur Frage einer Abtretung preussischer Gebiete an Hamburg ist im Auftrage der preussischen Staatsregierung vom Ministerium für Handel und Gewerbe herausgegeben worden. Die Denkschrift gliedert sich in einen allgemeinen Teil, der zur Frage der Gebietsabtretung grundsätzliche Stellung nimmt und in einen besonderen Teil. Die Denkschrift kommt zu folgenden Schlüssen: Bei der großen, in dieser Denkschrift behandelten Frage, müssen nach der Auffassung der preussischen Staatsregierung die gesamten deutschen Interessen voranstehen. Die Vergrößerung der Reichsfläche auf Kosten Preußens ist eine Gefährdung des Einheitsgedankens, und gerade aus diesem Grunde von Preußen abzulehnen. Selbst wenn die preussische Staatsregierung diese Erwägungen beiseite schieben wollte, bliebe weiterhin bestehen, daß der Bestand der Provinzen nicht gegen den Willen ihrer Bevölkerung angetastet werden darf. Die preussische Regierung wird in gemeinsamer Arbeit und durch verständnisvolles Entgegenkommen die bedeutenden, nicht nur für Hamburg und Preußen, sondern für ganz Deutschland wichtigen Fragen lösen helfen, die aus den Verhältnissen an der Unterelbe erwachsen sind.

** Baron Reicheberg-Gedant in Warschau. Die „Kreuzzeitung“ berichtet, daß Baron Reicheberg zum deutschen Gesandten in Warschau ernannt wurde. Er war früher Gouverneur der deutschen Kolonie Deutsch-Ostafrika. Reicheberg ist Mitglied der Zentrumspartei.

** Die Eisenbahner drohen mit Streik. Die Ergebnisse der bisherigen Verhandlungen der deutschen Eisenbahner mit der Regierung in der Angelegenheit der Lohnerhöhung haben diese nicht befriedigt und es wurde eine Entschließung gefaßt, welche erklärt, daß das einzige Mittel zur Erzielung der Forderungen der Generalstreik sei. In Regierungskreisen glaubt man aber nicht, daß es zu einer Krise kommen werde.

** Freie Kohlenausfuhr genehmigt. Die Wiederherstellungskommission teilte den deutschen Vertretern mit, daß es der deutschen Regierung gestattet sei, in den Monaten Februar, März und April nach beliebigen Ländern Kohlen auszuführen, nicht nur nach Holland und der Schweiz, insofern das Kohlenreparationsprogramm vollständig durchgeführt werde.

Freistaat Danzig.

† Ständiger Oberkommissar. Es lauten Nachrichten ein, daß das Sekretariat des Völkerbundes sich mit der Revision des Einflusses befaßt, wonach der Völkervertrag für eine gewisse Zeitdauer ernannten Oberkommissars in Danzig dauernd sein soll.

Local- u. Provinzialzeitung.

Posen, 20. Januar.

Vortrag über moderne Währungsfragen.

In einer Zeit, in der jedermann das Wort Valuta, d. h. Währung, stündlich im Munde führt, hätte man erwarten können, daß ein Vortrag über moderne Währungsfragen, den ein berühmter Fachmann, der Nationalökonom Dr. Schmidt aus Gießen für gestern, Donnerstag, abend angekündigt hatte, eine größere Anziehungskraft ausgeübt hätte, als es leider der Fall war. Die Aula des Deutschen Gymnasiums, in der der Vortrag stattfand, wies doch ganz erhebliche Lücken auf. Dem 1½ stündigen Vortrage, der ausschließlich die deutschen Währungsfragen berücksichtigte, entnehmen wir nachstehende Gedankengänge:

Der Banknotenumlauf vor dem Weltkriege betrug nicht ganz 2 Milliarden Mark. Er war nach dem verlorenen Kriege auf 12 Milliarden, Mitte 1919 auf 28 Milliarden, 1920 auf 51 Milliarden, 1921 auf 71 Milliarden, Ende 1921 auf 108 Milliarden gestiegen. Einzuzeichnen Ende 1921 8 Milliarden Darlehensanleihen. Das sich vor dem Kriege auf 4—5 Milliarden beziffernde Metallgeld ist während des Krieges eingezogen worden. Ferner ist das sog. Buchgeld zu berücksichtigen, das von einer Million vor dem Kriege auf heute 24 Milliarden angewachsen ist. Diese Währungsverhältnisse, wie sie jetzt herrschen, bezeichnet man als Inflation, d. h. Aufblähung der Zahlungsmittel und der Kaufkraft durch die fieberhafte Verwertung der Notenpresse. Berücksichtigt man weiter die Warenpreise, so sieht man, daß das Verhältnis durch die hemmungslose Vermehrung der Geldzeichen gestört wurde. Geld ist eine Anweisung auf Ware und auf Dienstleistungen. Wenn der Warenvorrat unverändert gleich groß bleibt und die Kaufkraft steigt, dann müssen auch die Preise in die Höhe gehen. So ist es heute: der Warenvorrat ist der gleiche, aber er wird unter einer größeren Anzahl von Verbrauchern geteilt. Der Warenvorrat wird durch die Inflation nicht größer, sondern kleiner. Die Produktion ging infolge der Einberufung der Arbeiter zum Kriegsdienst während des Krieges zurück. Deshalb wurde der kleine Warenvorrat gestreckt; es ist eine Art Rationierung eingetreten. Die Rationierung bedeutet, daß die einzelnen Teile gleich sind; das ist bei der Inflation nicht der Fall. Die Rationierung wird nicht so unmittelbar fühlbar. Es ist eine Verschiebung der Vermögens- und der Einkommenseinheiten. Gewisse Volksschichten wurden enteignet. Während ganze Volksschichten, d. h. Schieber, auf Grund der veränderten Verhältnisse sich bereichern konnten, sind andere Schichten, z. B. die Kleinrentner, der Verelendung an-

heimgefallen. Der Kleinrentner sieht sich um die Früchte seines Fleißes gebracht und verfallt immer mehr der Proletarisierung. Er muß suchen, wie sein erspartes Kapital immer weniger wird, und empfindet das alles als ein Unrecht. Die Notwendigkeit dieser Verhältnisse läßt sich nicht abstreiten, denn die Inflation ist ein notwendiges Hilfsmittel in der Notlage des Staates. Die Not nahm beim Staate mit dem Kriege seinen Anfang. Was es keinen anderen Weg als die Zursichnahme der Notenpresse? War nicht der Steuerweg der geeignete? Allerdings, man hätte früher mit einer schärferen Steuer beginnen müssen, zu der man sich neuerdings gezwungen sieht. Dann wären uns die jetzigen ungeheuren Steuerlasten erspart geblieben, oder es wäre doch wenigstens der Übergang zu der Gegenwart leichter gefallen. Einen zweiten Weg boten die inneren Anleihen. Sie waren im Kriege erst durch die Schaffung von Neugeld ermöglicht. Die Darlehensanleihen wurden mit in den Dienst der Aufbringung der Anleihen gestellt. Die Kriegsanleihen bedeuteten nur ein anderes Rohr, durch das die Inflation frönte. Vor dem Kriege mußten die Banknoten durch zwei Drittel Wechsel gedeckt sein. Ein besonderer Wechsel ist der sog. Warenwechsel. Hierbei ist das Entscheidende, daß der Geldausgabe die Warensteigerung entspricht. Es bedeutet das die beste Deckung des Staates. Als der Krieg ausbrach, mußte man von der Deckung durch Waren absehen. An Stelle der Warenwechsel durften die sog. Schatzanweisungen treten. Hier haben wir die Quelle der Inflation. Wie kommen wir nun aus der Inflation heraus? Natürlich nur durch Beseitigung ihrer Ursachen: durch Erhebung von Steuern, durch innere Anleihen, durch Sparmaßnahmen in der Verwaltung, Einschränkung des Beamtenheeres, Beseitigung des Mißbrauches, Rentabilisierung der Staatsbetriebe, wie Eisenbahn und Post. Alles das würde Deutschland leisten können, wenn nicht noch der Versailler Vertrag auf ihm lastete. In Genua sollte über diese Dinge verhandelt werden; ihre Besprechung ist auf die Wirtschaftskonferenz in Genua vertagt worden. Wenn hier nichts Durchgreifendes geschieht, dann kann die Inflation nicht beseitigt werden. — Nunmehr erörterte der Vortragende den Geldverkehr mit dem Auslande. Der Preis einer Ware regelt sich nach Angebot und Nachfrage, ob die Zahlungsbilanz mit einem Plus oder Minus abschließt, nach der Nachfrage nach den ausländischen Zahlungsmitteln. Die Zahlungsbilanz hat verschiedene Unterabteilungen, vor allem die Handelsbilanz. Wenn ein Staat Forderungen aus Anleihen im Auslande hat, so fließt ausländische Valuta in das Land. Aus der Meierei entstanden Deutschland vor dem Kriege große Einnahmen. Weiter wirkt der internationale Reiseverkehr auf den Kurs. Einzuzeichnen zu den objektiven Gründen die Spekulation. Hiergegen gehören politische Maßnahmen. Geht der Staat zugrunde, dann geht auch das Geld zugrunde. Für Deutschland ist der Umstand gefährlich, daß gewaltige Marktbeträge im Auslande ruhen, und daß diese den Stand der deutschen Reichsmark herabdrücken. Deutschlands Einfuhr ist größer als seine Ausfuhr. Schließlich kommt noch die Kriegsschadensabteilung des Versailler Vertrages hinzu. Sie darf nicht in deutscher Mark, sondern muß in ausländischem Gelde erfolgen. Deutschland ist mithin gezwungen, auf den Markt zu gehen und solches zu kaufen. Auch hier müssen die Ursachen beseitigt werden durch Einschränkung der Einfuhr und Steigerung der Ausfuhr. Die Beschränkung der Einfuhr kann sich nur gegen die ausländischen Luxuswaren richten. Schließt nun aber Deutschland seine Grenzen, so wird das Ausland zweifellos dasselbe tun. Die Steigerung der Ausfuhr darf schließlich nicht zu einem Ausverkauf des Landes führen. Die Erscheinungen im Sommer und Herbst v. J., die sog. Hochkonjunktur, waren keine erfreulichen Erscheinungen. In Genua war die Rede von einer Stabilisierung der Reichsmark. In Deutschland ist kein Mensch mehr arbeitslos, in England gibt es Millionen Arbeitslose. Deshalb wollte man die Reichsmark auf einen bestimmten Kurs festlegen. Geschicht das, so kann von einer Währungsreform zum Friedenskurs nicht mehr die Rede sein. Die Stabilisierung der Mark kann nur auf einer gewaltigen Reduzierung der deutschen Kriegsschadensabteilung aufgebaut werden. — Im dritten Teile seiner Ausführungen erörterte der Vortragende die Frage nach der Währungsform. Soll man zur Goldwährung wieder zurückkehren? Diese Frage ist falsch gestellt. Die Goldwährung besteht mit ihren beiden Forderungen Geld für Gold und Gold für Geld. Während des Krieges weigerte sich die ausländische und die schwedische Reichsbank, Gold anzulassen. Die Goldwährung besteht in ihrer reinen Form heute in der ganzen Welt nicht mehr. Das Gold hatte vor dem Kriege einen oberen und einen unteren Wert. Es ist nach der Auffassung des Vortragenden eine Ware wie jede andere. Die Ansicht, daß die Golddeckung allein vor Schaden bewahrt, sei als irrtümlich zu bezeichnen. Der Goldfuß der Reichsbank beträgt heute rd. 0,99 Milliarden, oder multipliziert mit dem gegenwärtigen 8fachen Goldwert rd. 8 Milliarden. Gleichwohl ist die Lage des deutschen Goldwerts verzweifelt. Man sagt, Gold ist Weltgeld, Gold ist internationales Zahlungsmittel. Das ist nach der Auffassung des Vortragenden zu bestritten. Der Begriff Gold hängt zusammen mit dem Staate, der es herausgibt. Selbstredend spielt das Gold eine internationale Rolle, aber nicht als Geld, sondern als Ware. Diamanten, Edelsteine, Platin usw. sind ebenfalls dafür geeignet. Gold ist nach der Ansicht des Vortragenden die Fortwähre des Bankiers. Aus einer gesunden Wirtschaft folgt die gesunde Währung von selbst. Der Redner skizzierte dann das abnutzbare Geld, das von dem ersten Finanzminister der Republik Bayern ins Leben gerufen wurde, und verwies die von dem englischen Professor kolportierte Nachricht der Erfindung des künstlichen Goldes in das Reich der Fabel. Zum Schluß erörterte er dann noch kurz die von Knapp und Wernigsen erfundene und vom Vortragenden vertretene Nominaltheorie, die im Gegensatz zu der Metalltheorie steht.

Die Zuhörer, die den gewandt vorgetragenen Ausführungen mit gespanntester Aufmerksamkeit gefolgt waren, spendeten am Schluß des Vortrages lebhaften Beifall.

† Kommunale Kohlenbesteuerung. Den Kommunalverbänden wurde die Erlaubnis zur Besteuerung der Kohle erteilt. Im Hinblick auf die wirtschaftliche Krise in der Industrie hat die Regierung beschlossen, von der Erhebung der Steuer zugunsten des Staatsschatzes einstweilen abzusehen; die von den Kommunalbehörden auferlegte Kohlensteuer dagegen darf 10 v. H. des Kohlenpreises (ab Grube) nicht übersteigen. Kohle, die für das Aneinander und Betriebe bestimmt ist, ist von der Steuer befreit.

† Registrierung polnischer Militärschlichter im Auslande. Das Ministerium gibt bekannt, daß diejenigen östlichen Staatsbürger männlichen Geschlechts, die sich außerhalb der Grenzen der Republik Polen aufhalten, sich aber in den zuständigen Konsulaten zu vorgefertigter Zeit mittels Registrierung gemeldet haben, nicht als Fahnenflüchtige oder sich der Militärpflicht entziehende Personen betrachtet werden sollen. Nach der Rückkehr aus dem Auslande müssen jedoch genannte Personen der Gestellungspflicht in demselben Umfange genügen, wie der Jahrgang, dem sie angehören.

† Fiskalkurse werden von der Großpolnischen Landwirtschaftskammer in Posen eingerichtet. Außer theoretischen Vorträgen werden sie Vorführungen aus dem Gebiete der künstlichen Färberei umfassen, ferner den Besuch von Färbereianstalten, Musterfabriken auf Eisen und den Besuch von Färbereianstalten auf den Flüssen in der Gegend von Bromberg bringen. Die Kurse werden Ende Februar oder Anfang März in Bromberg stattfinden.

† Herr Hilbig-Gelhof, der hier als Komiker und Regisseur von seinen früheren Vorstellungen her schon bekannt ist, gibt am Sonntag dem 22. Januar im Saal des Evangelischen Vereinshauses einen heiteren Abend. Eintrittskarten sind in der Buch- und Musikalienhandlung von Wladimir Górecki (früher Vöte u. Vöte) zu haben.

† Wiederabend Lotte Leonard. Auf den Wiederabend der Berliner Sängerin Lotte Leonard, der auf Veranstaltung des Deutsch-

tumsbundes am Sonnabend, den 21. Januar, abends 8 Uhr im großen Saal des Evang. Vereinshauses stattfinden wird, sei nochmals hingewiesen. Lotte Leonard, über die ausgezeichnete Pressestimmen aus Berlin, Hamburg, Königsberg, Leipzig, Hannover, Rastatt, Breslau, Frankfurt vorliegen, ist eine unserer besten Sängerinnen, die sowohl über eine ausgezeichnete Stimme als vor allem eine ganz hervorragende Technik und vollendete geistige Beherrschung verfügt. Eintrittskarten zum Preise von 300, 200 und 100 Mark sind in der Evang. Vereinsbuchhandlung zu haben.

† Kunstausstellungen. In den Ausstellungsräumen des „Swit“ im Zoologischen Garten sind täglich von 10 bis 5 Uhr die von der Künstlergruppe „Stuka“ ausgestellten Bilder und Plakate zu sehen. In den Ausstellungsräumen in der ul. 27. grudnia 191 Aquarelle von Marjan Ruffe u. A. aus Kalopane (täglich von 10 bis 5, an Sonntagen und Festtagen von 10 bis 3).

† Festnahme eines Taschendiebes. In Polen wurde der 20jährige Josef Kaminski aus Kalisch, der auf dem Bahnhof in Koshin einer Frau 2000 M. aus der Tasche gestohlen hatte, als Taschendieb festgenommen.

w. Wollstein, 19. Januar. Der hiesigen Staatspolizei ist es wieder gelungen, eine große Reihe von Diebstählen in unserer Stadt und näheren Umgebung aufzudecken und als Täter zwei Jugendliche, den 17jährigen Lufaszewicz aus Groß-Melle und Horowski aus Laski festzunehmen. Gestohlen waren 4 Fahrräder, eine Geige, ein Korb mit Kognak, Schloffer, ein Schirm, eine Schere, Zigaretten, Kautschuk, Lebensmittel, Obst, Bretter, Schlitten und ein Tisch. — Die Verwaltung der evangelischen Lehrerkasse Alt-Widzim ist dem Hilfslehrer Laubach übertragen worden.

* Kilm, 18. Januar. In der früheren preussischen Schützenkaserne wurde eine polnische Kadettenkaserne eröffnet, die sich mit der Ausbildung von Offizieren für die großpolnischen und pommerellischen Regimenter befaßt wird. An der Eröffnungsfest nahmen 120 bereits angemeldete Kadetten teil.

* Die Kilm, 18. Januar. Wegen eines Morbanschlags, den er in Dolkau auf das Dienstmädchen Ida Karnat unternahm, das er mit einem Beile niederschlug, wurde der Knecht Ruder mann aus Warschau bei K. Goltman festgenommen. Man fand bei ihm 21 000 Mark und eine goldene Uhr mit silberner Kette.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Kurse der Posener Börse.

Offizielle Kurse:	20. Januar	19. Januar
Bank Zwischk I.—IX. Em.	220 +	—
Bank Handel. Boznach I.—VIII. Em.	360 + A	360 + A
Bozn. Bank Bismarck I.—III. Em.	—	240 + A
N. Bank Bismarck I.—V. Em.	—	145 + A
Centrala Stör I.—IV. Em.	220 + N	225 + A
Bozn. Stör I.—IV. Em.	500 + A	490 + N
Wismar Chemiczna I.—II. Em.	—	180 +
III. Em.	150 +	155 + N
Gurtowia Drogerhja	130 + N	130 + N
Dr. Roman May I.—IV. Em.	440 + A	440 + A
Patria	400 + N	—
G. Hartwig I.—IV. Em.	310 + A	310 + N

Auszahlung Berlin-Danzig 17,80.

Unoffizielle Kurse:	20. Januar	19. Januar
Bank Brzemyłowców	—	200 + A
Id.	130 + N	130 + N
Banki	450 + N	460—465 + A
Orient	200 + A	195 +
Sarmatia	445—450 +	445—450 + A
Gurtowia Stör I. Em.	260—270 + N	210 + N
II. Em.	240 + A	—
Gurtowia Kantonowicz	—	490 + N
Kabel	140 + A	135 + N
Bapiernia Bndgoficz	190 +	190 +
Wiel. Guta Wiedzi	—	270—280 + N
Wismar Chemiczna I.—III. 270 + A	—	—
Bneumatik	—	140 +
Dom Konieczny	—	330 +
Hergel-Bistors	265 +	270 + A
Erie	160 +	—
Wyrobh Ceramiczne Protolchin	140 + N	—

Posener Viehmarkt vom 20. Januar 1922.

Es wurden gezahlt für 50 Kilogramm Lebendgewicht.
I. Rinder: A. Ochsen I. Sorte 7500—8250 M., II. Sorte 5250—6000 M., III. Sorte 2500—3000 M. u. Bullen I. Sorte 7500—8250 M., II. Sorte 5250—6000 M., III. Sorte 2500—3000 M.
C. Färsen und Kühe I. Sorte 7000—8250 M., II. Sorte 5250 bis 6000 M., III. Sorte 2500—3000 M. D. Kälber I. Sorte 8500 bis 9000 M., II. Sorte 7500—8000 M.
II. Schafe I. Sorte — M., II. Sorte 4000—5500 M.
III. Schweine: I. Sorte 15 000—15 500 M., II. Sorte 14 000 bis 14 500 M., III. Sorte 12 000—13 000 M.
Der Auftrieb betrug: 140 Rinder, 75 Kälber, 60 Schafe, 355 Schweine, 311 Ferkel (4800—5000 M. das Paar). Tendenz: sehr ruhig; Rinder nicht ausverkauft.

Berliner Börsenbericht

vom 19. Januar.

Disconto-Komm.-Anleihe	415.—	3 1/2 % Bos. Pfandbriefe	17.—
Berliner Maschinen-Fabrik	109.—	Polnische Noten	6.175
Schwarzkop	839.—	Auszahlung Warschau	6.10
Hartmann Masch.-Aktien	839.—	Krisnoten	9.—
Düffeldorf. Waggonfabrik	705.—	Dollar	190.50
Aktien	495.50	Englische Pfund	805.—
Schamung Eisenbahnakt.	530.—	Holländische Gulden	699.00
Neuquinea Comp.-Akt.	840.—	Schweizer Franken	3710.—
N. Wolff	19.75	Danzig polnische Mark	—
4 % Bos. Pfandbriefe	—	Noten	—

Wetterbericht

unseres Wetterfachverständigen vom 20. Januar 1922, früh 9 Uhr.

	Baromet. in mm	Tem- pe- ratur (Cels.)	Wind- rich- tung	Wind- geschw. in d. Sec.		Baromet. in mm	Tem- pe- ratur (Cels.)	Wind- rich- tung	Wind- geschw. in d. Sec.
Posen	769.4	- 8	O	5	Leipzig	765.8	- 4	NO	3
Bromberg	769.9	- 10	ONO	2	Sofia	756.8	+ 1	WNW	3
Warschau	769.6	- 8	O	5	Napfel	757.2	+ 1	NO	2
Łódź	768.8	- 8	NO	5	Paris	755.7	+ 1	Windst.	0

Luftdruckverteilung über Europa am 20. Januar: Die gestern über England stehende Depression hat sich über ganz Westeuropa ausbreitet, die über Italien stehende ist nach dem Schwarzen Meere gewandert und eine neue scheint sich über dem Mitteländischen Meere zu bilden. Das über Finnland stehende Hochdruckgebiet zieht langsam nach Südosten.

Voranschauliches Wetter für den 21. Januar: Bewölkt, stellenweise leichte Schneefälle, ziemlich starker Frost, später etwas Steigen der Temperatur; schwache, zeitweise etwas stärkere Winde aus östlicher bis südöstlicher Richtung.

Hauptredaktion: Dr. Wilhelm Joewenthal.
Verantwortlich: für Politik, Handel, Kunst und Wissenschaft: Dr. Wilhelm Joewenthal; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf der brechtmeier; für den Anzeigenteil: M. Grundmann. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt I. A. Jähnig in Posen.

Dienstag, den
24. Januar 1922
in allen Räumen
des Zoologischen
Gartens: // // //

Deutscher Maskenball!

Künstlerische Ausstattung. // // // Künstlerische Ausstattung.

Eintrittskarten sind nur noch
bis morgen (Sonntag) bei
Herrn Kiehl, zw. Mar-
cin 47, mit genauer Namens-
angabe anzufordern. Es wird
gebeten, die bestellten Karten
abzuholen, da sonst die Karten
auf andere Namen umge-
schrieben werden. // // //

Wegenerische Frauenschule
mit Internat. Das 2. Tertial hat be-
reits begonnen. — An-
meldungen nimmt noch entgegen
Poznań, Wajl Jagiello 1/2. M. Wegener, Direktorin.

Mein Hausgrundstück

mit Garten
(im Kreisstadt der Wojewodschaft Poznań) mit der von mir
1889 gegründeten Maschinenbau- und Reparaturwerk-
statt mit Motorbetrieb, der einzigen am Ort, mit
sämtlichen Werkzeugen und Werkzeugmaschinen sowie
Borräten, mit großer, sehr guter Kundschafft, beabsichtige
ich wegen Alters und Kränklichkeit zu verkaufen. Gef. An-
gebote unter R. 3. 4745 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Säge- u. Hobelwerk mit
eigener elektr. Sägeanlage, in Kreisstadt Nähe Posen,
mit Villa und Inventar, zu verkaufen oder zu ver-
leihen. E. A. P. Bielecki.

Windmühle mit Bäckerei-
grundstück und 3 1/2 Morgen Land zu verkaufen oder
in Deutschland zu verpachten. Gef. Angeb. u. R. 3. 4904
an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Mietvertragsbücher

sind vorrätig in der
Pofener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.
Zwierzyńska 6.
Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Sprungfähigen Eber,

1 Jahr alt, Gewicht: 2 Zentner, verkauft zur Buch 14898
bei Amick (Poznań).

Zauche meine fünf- 7-8-Zimmer- Wohnung, ulica Mickiewicza,

auf 7-8-
Zimmer-Wohnung in der Nähe oder
im Zentrum der Stadt.

Schriftliche Offerten unt. Nr. 6100
an Wielkopolska Agencja
Reklamy, Poznań, Gwarna 19.

Tausch Berlin—Poznań.

Schneidergeschäft mit Wohnung (2 Zimmer und Küche)
in Berlin vom 1. April gegen Baden nebst Wohnung zu
tauschen gesucht. Off. u. 4895 an die Geschäftsstelle d. Bl. erb.

Suche 7-8-Zimmer- Wohnung.

Für Zuweisung wird hohe Provision
gezahlt. Schriftliche Offerten unter Nr. 6100
an Wielkopolska Agencja Reklamy,
Poznań, Gwarna 19.

Wer bei Chiffre-Anzeigen

innerhalb Posen seine eingereichte
Offerte sofort weiter be-
fördert haben will, den ersuchen
wir, Nr. 10. — für Porto dem
Briefe gleichzeitig beizufügen

Geschäftsstelle des „Pofener Tageblatts“

Warnung!

Da Nachahmungen unserer Muster erschienen
sind, ebenfalls mit einer Aufschrift „trwale kolory“,
geben wir hierdurch zur Kenntnis, daß folgende Auf-
schriften strengstens beachtet werden müssen,
die vorige:

„trwale kolory B. B.“

und gegenwärtige:

„trwale kolory — Panteł u. Pitowski“,
da wir nur für diese Erzeugnisse Garantie
bieten können.

Hochachtungsvoll

Erste mechanische Fabrik von Madras-Gardinen
Panteł u. Pitowski. [M 124]

Pofener Tiefbrunnen-Baugesch.
und **Pumpenfabrik, Poznań,**
Traugutta 6, Tel. 1568, liefert erstklassige Arbeiten.

10% Preisabschlag!

Landwirtschaftliche Kalendarer sind gänzlich
vergriffen und können nicht mehr geliefert werden. Die
hierauf noch eingegangenen Bestellungen werden durch Zu-
sendung des allgemeinen Kalendarers erledigt, der noch
in kleiner Anzahl verfügbar ist und nur 250.— Wr. kostet.

Dagegen sind unsere übrigen Kalenderausgaben wieder
vorrätig und durch jede Buchhandlung, sowie alle besseren
Papierhandlungen oder direkt durch uns zu beziehen:

Wandkalendarer auf weißem Karton Nr. 50,—
Wochenabreiskalendarer, unentbehrlich für
Kontor und Haus 200,—
Taschen-Kalender in Pappband 250,—
do. in Ganzleinen 350,—

bauerhaft gebunden 350,—
Der Versand erfolgt gegen Nachnahme, sofern der Be-
trag nicht bei der Bestellung vorgezahlt wird. Ein-
zahlungen können auf unser Postcheckkonto Nr. 200 283
Poznań erfolgen, wobei die Postanweisunggebühren gänzlich
in Wegfall kommen.

Pofener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.,
Poznań, ulica Zwierzyńska (Tiergartenstr.) Nr. 6.
Wiederverkäufer erhalten üblichen Rabatt.

Portofrei!

Herbst'sche Knetmaschine

mit Gasmotor, 5 Zentner Teig fassend, zu verkaufen. Gef.
Angebote unter R. A. 4903 an die Geschäftsstelle d. Bl. erb.

Aus meiner durch die Wielkop. Yorkshire-Schweinezucht
Izba Rolnicza anerkannten **Yorkshire-Schweinezucht**
habe ich ständig

Läuferfrauen u. Läuferereber

abzugeben. Beschäftigung kann jederzeit erfolgen. Bestel-
lungen er- **v. Becker, Grudzielec, p. Bronów,**
beten an **v. Becker, Grudzielec, p. Bronów,**
beten an **v. Becker, Grudzielec, p. Bronów,**

Pofener Sprachführer.

Ein polnisch-deutscher und deutsch-polnischer Wegweiser
in handlichem Taschenformat. Zu beziehen durch alle Buch-
handlungen sowie gegen Einzahlung von 25 Mark als
Einschreibungsgebühr direkt vom Verlage:

Pofener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A.,
Poznań, Zwierzyńska 6.

Dieser Sprachführer soll ein Helfer und Führer sein in der Hand der-
jenigen, die der polnischen Sprache noch nicht mächtig, sich im neuen Polen
nicht zurechtfinden können und häufig hilflos stehen vor den ihnen vorläufig
unverständlichen Aufschriften auf der Straße, in öffentlichen Gebäuden, in
den Wagen der Straßenbahn, in Geschäften und Gastwirtschaften. Er soll
dadurch mit dazu beitragen, daß den hier lebenden Gliedern der deutschen
Minderheit das Sich-Einfügen in die neuen Verhältnisse erleichtert wird und
daß auch vorübergehend in Polen weilende Deutsche wenigstens von einem
Teil der Schwierigkeiten befreit werden, mit denen der Aufenthalt hier und
die Erledigung ihrer Geschäfte in Polen für sie verbunden ist.

Eleg. Maskenförmig

für Damen zu ver-
kaufen. **Sama-**
rzewskiego Nr. 11
Bäckerei.

1 Paar erstklassige, schwere
5-6-j. ohne Fehler, flott
und ausdauernd, zu kaufen
gekauft. Off. u. 4905 a.
d. Geschäftsstelle dies. Bl.
erbeten.

Autospferde,

Arbeitsmarkt
Tätiger oder stiller Teil-
haber mit ca. 2 1/2
Millionen gesucht.
Gefl. Offerten unter **Ra. 4894** an die Geschäfts-
stelle dieses Blattes erbeten.

Suche sofort Herrn,
empfohlenen Herrn,
der polnischen Sprache mächtig **ist oder vertretungs-**
weise. Offerten mit Empfehlungen u. Gehaltsantrag er-
Kreuz-Apotheke, Inowroclaw

Für Expedition und Reise
jungen Mann, der polnischen
Sprache in Wort
und Schrift mächtig. Offerten an
[4897]

Peter Kaufmann Söhne,
Starogard (Pomorz).

Stadtreisende.

gesunde, junge, routinierte Polen mit Kenntnis der
deutschen **gesucht.** Offerten mit genauer
Sprache **gesucht.** Lebenslauf u. Referenz
unter **„Sprzedaż mydła“** an **Rudolf-**
Mosse, Warszawa, Marszałkowska 124.

Suche zum
baldigen An-
tritt geübter
ig. Mann
als
f. mein Brennerei-
Rittergut.

Eleben

aus einfach. Landwirtsfamilie.
Leinham-Anschluß. Poln.
Sprache Bedienung. 2 Jahr.
Lehr- **von Bogen,**
Bezie, Kreis Weizem.

Für mein Getreide-, Samen-, Kartoffel- und Dünge-
mittelgeschäft suche ich zum 1. Februar oder später

einen jungen Mann

und eine Buchhalterin
die in größeren Produktionsbetrieben längere Zeit tätig gewesen
und mit Buchführung voll u. vertraut sind. Zeugnisse Ge-
haltssprüche und Bild erbeten

Herman Cohn, Dt.-Krone Wpr.

Für gutlohnende Beschäftigung (Nachmittags-
Vollangabe) können noch **einige Frauen oder**
ältere Kinder wie Halbinval.
eingestellt werden.

Pofener Buchdruckerei, ul. Zwierzyńska 6.

Spielplan des „TEATR WIELKI“

m. Poznań
Sonntag, den 21. 1. 22 um 7 Uhr: „Carmen“,
Sonntag, den 22. 1. 22 um 3 Uhr nachm.: „Die
verkaufte Braut“, Über von J. Smetana,
Sonntag, den 22. 1. 22 um 7 Uhr abends: „Wda“,
Über von J. Babi.

Teppiche, Klaviere,
Möbel, antike Sachen
aller Art kauft sofort ver-
kaufe P. Jaskubak, Mit-
waren-Geschäft, ulica
Wrocławska 20. Telefon
3749. (46) 3

Massives Wohnhaus,
Speicher, großer Hofraum
hinter, worin 23 Jahre ein
Produktionsgeschäft betrieben
wurde, auch für andere Be-
triebe passend, ist sofort zu
verleihen. (4873)
Landmann, Dirschau,
Schloßstr. 8.

Der Tanz auf dem Vulkan.

Spannendes Drama
aus den russischen
Gesellschaftskreisen
in 6 Akten.
Künstler-Konzert.

Kreuztische. Sonntag,
1. G. G. G. G. 11. Rinder-
berg. D. D. D. D.

Klein. Sonntag,
2. G. G. G. G.

St. Petruskirche. (Evangel.
Unitariergemeinde.) Son-
abend 6. Wochenschluss
gottesdienst. Gaudent.
Sonntag, 10. Gottesd.
Schneider. 11 1/2. Rinder-
gottesd. Schneider. — Mit-
woch, 6. Bibelbesprechung.
Kalt aus. — Am 1. woch
Schneider.

St. Paulskirche. Son-
tag, 10. G. G. G. G. 11 1/2. Rinder-
berg. D. D. D. D.

St. Matthäus-Kirche. Son-
tag, 10. G. G. G. G. 11 1/2. Rinder-
berg. D. D. D. D.

Ev. Verein junger Männer.
Sonntag, 6. Rinder-
gottesd. Matthäus-Kirche.
8. Abendand. — Montag,
7 1/2. G. G. G. G. — Mitwoch,
7. Bibelstunde. 8. Rinder-
gottesd. — Donnerstag, 7 1/2. G. G. G. G. —
Sonntag, 7 1/2. G. G. G. G. —
W. Schl.-And. 8. Polnisch
Gottesdienst. Dienstag,
10. Rinderstunde. 1/2. Rinder-
stunde.

Gemeinde gläubig ge-
taufte Christen (Baptisten):
ul. Przemysłowa (n. Wia-
garewicz). 12. Sonntag,
10. G. G. G. G. — 11 1/2.
Sonntagsschule. 2 1/2. Poln.
Gottesd. — 4. Predigt.
5 1/2. Jugendverein. — Mit-
woch, 7. Gottesd.

Stellenge suche.
Suche i. 1. 4. Stell. als
1. Beamter,
direkt unter Vorgesetz. (d. h.)
aus Gut nicht unter 300 ha
u. Pflüge. An strenge Tätig-
keit gew. Arb. nach gegebenem
genereller Disposition. Alles
nähere schriftlich. Zeugn. u.
Empfehl. nebst 3. Verfü. Gefl.
Ang. u. 4900 a. d. Ge-
schäftsst. d. Bl. erbeten.

Gärtner,
jung verh., evgl. sucht bald
od. wät. Stellung. Off. u.
„Gef. 4901“ a. d. Ge-
schäftsst. d. Bl. erbeten.

Jg. Mädch., ev. 18 J.
Waise m. a. evgl. Güte u.
Leitung der Haushalt die
Wirtschaft zu erlernen. Be-
dingung: Familienanhang
Zahlungsb. Ang. u. 4902
a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.